

# DAS SAGT DER ANWALT

■ Der Paragraph 23 Abs. 1b StVO sagt: „Dem Führer eines Kraftfahrzeuges ist es untersagt, ein technisches Gerät zu betreiben oder betriebsbereit mitzuführen, das dafür bestimmt ist, Verkehrsüberwachungsmaßnahmen anzuzeigen oder zu stören. Das gilt insbesondere für Geräte zur Störung oder Anzeige von Geschwindigkeitsmessungen (Radarwarn- oder Laserstörgeräte).“ Das betrifft auch Navigationsgeräte, die automatisch und via GPS vor Überwachungsanlagen warnen. Wer die Geräte benutzt oder betriebsbereit im Auto hat, begeht eine Ordnungswidrigkeit gemäß § 49 Abs. 1 Nr. 22 StVO. Bei Fahrlässigkeit wird ein Bußgeld in Höhe von 75 Euro fällig

(Nr. 109a BKat), bei Vorsatz 150 Euro. In beiden Fällen kommen vier Punkte in Flensburg hinzu (Nr. 4.10 der Anlage 13 zu § 40 FeV). Vorsatz wird angenommen, wenn etwa der Halter beim Einsatz eines Warngeräts erwischt wird. Fahrlässigkeit gilt, wenn der Fahrer, der erwischt wird, nicht der Halter ist. Egal ob in Benutzung oder nicht: Betriebsbereite Geräte (gilt, wenn das Kabel im Zigarettenanzünder steckt) darf die Polizei einkassieren. Damit soll Verstößen vorgebeugt werden.



Uwe Lenhart, Rechtsanwalt